

Neue Behörde gegen Korruption

Ungarn gibt Druck der EU nach

Budapest. Ungarns rechtsnationale Regierung hat auf Druck der EU ein zweites Gesetzespaket vorgelegt, mit dem der Missbrauch von EU-Geldern verhindert werden soll. Im Kern beinhaltet es den Aufbau einer Integritätsbehörde. Sie soll die Vorbeugung, Ermittlung und Korrektur von möglichem Betrug, Interessenskonflikten, Korruption und anderen Regelwidrigkeiten bei der Verwendung von EU-Geldern erleichtern. Vor einer Woche hatte die Regierung einen ersten Entwurf vorgelegt. Dieser sieht eine Unvereinbarkeitsregelung für die Mitglieder von Kuratorien öffentlicher Stiftungen sowie eine verbesserte Amtshilfe für die EU-Korruptionsermittlungsbehörde Olaf vor.

Nach jahrelangen Vorwürfen wegen mutmaßlichen Missbrauchs von EU-Geldern und Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, Ungarn Zahlungen in Höhe von rund 7,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zu kürzen. Zugleich gab sie Budapest zwei Monate Zeit, um die Missstände abzustellen und damit ungeschoren aus dem Rechtsstaatsverfahren auszusteigen.

Mitsprache für internationale Experten

Die Integritätsbehörde soll unabhängig von der Regierung funktionieren. Ihren Präsidenten und dessen zwei Stellvertreter ernannt allerdings Ungarns Staatspräsident auf Vorschlag des Vorsitzenden des ungarischen Rechnungshofs. Die drei Personen erhalten ein sechsjähriges Mandat. Ein Mitspracherecht bei der Besetzung dieser Chefposten soll eine mit internationalen Experten besetzte Kommission haben, die die Integritätsbehörde beraten und überwachen soll.

Zur Besetzung veröffentlichte die Regierung am Freitagabend eine internationale Ausschreibung. Zudem soll die Integritätsbehörde verpflichtet sein, Betrugs- und Korruptionsfälle auch der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA) anzuzeigen. Ungarn weigert sich strikt, Teil der seit 2021 funktionierenden EUSTA zu werden, der bisher 22 EU-Staaten angehören. Eine Teilnahme bedeutet, dass EUSTA in den betreffenden Ländern Ermittlungen anordnen darf. DPA

TSCHECHIEN

Stichwahl für den Senat zeichnet sich ab

Prag. Überschattet von Energiesorgen und dem Ukraine-Krieg sind in Tschechien die zweitägigen Kommunal- und Senatswahlen zu Ende gegangen. Nach Auszählung eines Teils der Stimmen für den Senat zeichnete sich ein Stichwahlkampf zwischen Regierung und Opposition ab. Das vollständige Ergebnis wurde erst für diesen Sonntag erwartet. Entschieden wird in Tschechien über die Zusammensetzung der mehr als 6000 Stadt- und Gemeinderäte in dem EU- und Nato-Mitgliedstaat. Gleichzeitig werden in einem Drittel der 81 Wahlkreise die Sitze für den Senat, das Oberhaus des Parlaments, neu bestimmt. DPA

SOMALIA

Afrikanische Union meldet Erfolg gegen Islamisten

Mogadischu. Truppen der Afrikanischen Union (AU) haben nach eigenen Angaben gemeinsam mit dem somalischen Militär mehrere Regionen in Zentralsomalia von der islamistischen Terrormiliz Al-Shabaab zurückerobert. Wie die African Union Transition Mission in Somalia (ATMIS) am Sonnabend auf Twitter mitteilte, unterstützen die Truppen der AU die somalischen Sicherheitskräfte bei Planung und Logistik in der Luft und am Boden. Seit mehreren Monaten geht die Regierung in Mogadischu mit einer militärischen Offensive gegen Al-Shabaab vor. Die islamistischen Terroristen kontrollieren weite Teile der Region Zentralsomalia sowie den Süden des Landes. DPA

ÖSTERREICH

ÖVP droht massive Schluppe bei Landtagswahl in Tirol

Innsbruck. Der konservativen ÖVP droht bei der Landtagswahl im österreichischen Tirol ein Debakel. An diesem Sonntag sind rund 535.000 Bürger aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. Nach bisherigen Umfragen könnte die ÖVP bei einem historischen Tief von etwa 30 Prozent landen. 2018 war die Partei, die in Tirol seit Jahrzehnten den Landeschef stellt, auf knapp 45 Prozent gekommen. Eine Fortsetzung der Koalition mit den Grünen, die die Demoskopen bei rund elf Prozent sehen, scheint rechnerisch ausgeschlossen. Von der Schwäche der ÖVP wollen die rechte FPÖ und die sozialdemokratische SPÖ profitieren. DPA

Deserteuren drohen 15 Jahre Haft

In Russland gehen erneut Menschen gegen die Teilmobilmachung auf die Straße – Hunderte Festnahmen

VON HANNAH WAGNER UND ULF MAUDER

Moskau. Die russische Polizei ist teils brutal gegen Teilnehmer von Anti-Kriegs-Protesten vorgegangen. Allein in Moskau gab es am Sonnabend bei einer Demonstration gegen die Teilmobilmachung in Russland für den Krieg in der Ukraine mehr als 100 Festnahmen. In St. Petersburg wurden in sozialen Netzwerken Videos veröffentlicht, die zeigten, wie Männer in Kampfuniform und mit Helm auf Demonstranten einknuppelten.

Das Menschenrechtsportal ovd.info berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, dass Sicherheitskräfte Elektroschocker einsetzten. Am späten Nachmittag war von landesweit 289 Festnahmen in insgesamt 22 Städten die Rede.

Kremlchef Wladimir Putin will rund 300.000 Reservisten einziehen lassen, um nach den Niederlagen der russischen Armee in der Ukraine die dort noch besetzten Gebiete zu halten. Das hatte bereits am vergangenen Mittwoch Proteste in etwa 40 Städten ausgelöst.

In der russischen Hauptstadt demonstrierten am Sonnabend bei kaltem und regnerischem Wetter Dutzende Menschen, wie eine Reporterin vor Ort berichtete. Die Menschen protestierten in zahlreichen Städten friedlich dagegen, dass Bürger in Putins Krieg in der Ukraine hineingezogen werden.

Männer ohne Kampferfahrung

Unterdessen mehrt sich von offiziellen Stellen die Kritik am Vorgehen des Militärs bei der Teilmobilmachung. Der Chef des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten, Waleri Fadejew, forderte Verteidigungsminister Sergej Schoigu auf, das „Knüppel-system“ vieler Einberufungsstellen im Land zu beenden. Es bekämen sogar Männer Einberufungsbefehle, die keine Kampferfahrung hätten.

In der Region Jakutien in Sibirien räumte der Republikchef Aissen Nikolajew ein, dass Fehler gemacht worden seien in den Wehrkreisämtern. Es seien Männer eingezogen worden, die nicht unter die Mobilmachung fielen. „Es wurden Reservisten fehlerhaft eingezogen, sie müssen zurückgeschickt werden. Die Arbeit hat bereits begonnen“, sagte Nikolajew.

In den sozialen Netzwerken in Russland gibt es zahlreiche Fälle, in denen Väter kinderreicher Familien, Männer ohne Kampferfahrung oder auch ältere und chronisch kranke Reserveoffiziere berichten, dass sie



St. Petersburg: Russische Polizisten halten eine Demonstrantin fest, die gegen die Mobilisierung protestiert.

FOTOS: UNCREDITED/DPA

eingezogen worden seien. Nikolajew sagte, dass die Entscheidungen der Militärkommissariate besser überprüft werden müssen.

Derweil flüchteten Tausende weiter aus dem Land, um einer Einberufung zu entgehen. Der Chef der russischen Teilrepublik Tschetschenien im Nordkaukasus, Ramsan Kadyrow, nannte die Ausreisenden „Faulpelze“, „Nichtsnutze“ und „Feiglinge“, die ruhig gehen sollten, weil sie der Armee nur schaden könnten. Zugleich sagte er, dass Russland eigentlich genügend Ressourcen

habe ohne Reservisten. Es gebe in Russland fünf Millionen gut vorbereitete Menschen, die mit Waffen umgehen könnten.

Die Verwunderung und die Kritik in der russischen Gesellschaft sind seit Tagen groß, weil Putin Reservisten mobilisiert, nicht aber die Angehörigen der verschiedenen Sicherheitsstrukturen. Es gibt allein rund eine Million Soldaten, dazu die Nationalgarde und die Truppen des Innenministeriums sowie etwa Sicherheitskräfte des Strafvollzugs. „Wenn 50 Prozent der Mitarbeiter im Dienst gelassen werden, dann besiegt die andere Hälfte in einer Zahl von 2,5 Millionen Menschen jede westliche Armee. Und die Reserve ist nicht nötig“, sagte er.

Putin entlässt Vize-Minister

Kremlchef Putin setzte indes ein geändertes Gesetz über härtere Strafen für Deserteure in Kraft. Wer etwa in den Zeiten einer Mobilmachung oder des Kriegszustands Fahnenflucht begeht, kann demnach mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden. Wer sich freiwillig in Gefangenschaft begibt – dazu hatte die ukrainische Regierung aufgerufen –, muss mit bis zu zehn Jahren Haft rechnen. Zugleich entließ der Präsident genau sieben Monate nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine den für die Ausstattung und die Versorgung der Armee zuständigen Vize-Vertei-

digungsminister Dmitri Bulgakow. Offiziell begründete das Verteidigungsministerium den Schritt in einer Mitteilung vom Samstag mit der Versetzung Bulgakows „auf einen anderen Posten“. Sein Nachfolger soll Generaloberst Michail Misinzew werden, der bislang das nationale Zentrum für Verteidigungsmanagement leitete. Er soll künftig insbesondere für die Logistik der Armee zuständig sein.

Misinzew ist auch im Ausland bereits bekannt: So wurde er für die schweren Angriffe auf die südkaukasische Hafenstadt Mariupol verantwortlich gemacht, die Ende Mai von den Russen erobert worden war. Während der wochenlangen Belagerung wurden ukrainischen Angaben zufolge Tausende Zivilisten getötet und ein Großteil der Stadt zerstört. In Großbritannien steht Misinzew, der auch als „Schlächter von Mariupol“ bezeichnet wird, deshalb auf einer Sanktionsliste.

Nach jüngsten Niederlagen war Russlands militärische Führung um Verteidigungsminister Schoigu zuletzt auch in kremlnahen Kreisen in die Kritik geraten. Unter dem Druck ukrainischer Gegenoffensiven musste sich die russische Armee vor rund zwei Wochen aus dem ostukrainischen Gebiet Char-kiw zurückziehen. Am vergangenen Mittwoch dann befahl Putin eine Teilmobilmachung seiner Streitkräfte.



Schwerer Abschied: Ein Rekrut und seine Freundin warten vor einem Rekrutierungszentrum in Wolgograd.

Tote bei Protesten im Iran – mehr als 700 Menschen in Haft

VON MIRJAM SCHMITT

Teheran. Nach dem Tod einer jungen Frau im Iran sind erneut Tausende Menschen gegen das islamische Herrschaftssystem und die systematische Diskriminierung von Frauen auf die Straße gegangen. Hunderte wurden dabei festgenommen, wie die Behörden berichteten. Allein im Norden nahm die Polizei demnach am Sonnabend 739 Menschen in Gewahrsam, darunter 60 Frauen. Medienberichten zufolge gab es auch erneut Todesopfer, ihre Zahl blieb aber unklar.

Präsident Ebrahim Raisi kündigte unterdessen einmal mehr ein hartes Durchgreifen gegen die Demonstranten an. Man werde nicht zulassen, dass „vom Ausland bezahlte Söldner“ die Sicherheit des Landes gefährdeten, sagte er bereits am Freitag. „Proteste ja, Unruhen nein“, sagte Raisi.

Auslöser der derzeitigen Proteste ist der Tod der 22 Jahre alten Iranerin Mahsa Amini. Sie war vor einer Woche von der Sittenpolizei wegen eines Verstoßes gegen die strenge islamische Kleiderordnung festgenommen worden. Was genau mit Amini nach ihrer Festnahme geschah, ist unklar. Bekannt ist, dass sie zunächst ins Koma fiel und am 16. September in einem Krankenhaus verstarb. Kritiker werfen der Moralpolizei vor, Gewalt angewendet zu haben. Die Polizei weist die Vorwürfe zurück.

Als Reaktion auf die Proteste hatte die Regierung den Zugang zum Internet massiv eingeschränkt. Insbesondere mobile Funknetze funktionieren kaum. Informationen, etwa über soziale Medien, dringen daher schwer nach außen. Und Demonstranten wird es schwer gemacht sich zu organisieren.

Innenminister Ahmad Wahidi bekräftigte am Sonnabend die Sicht der Regierung: „Die medizinischen Untersuchungen und jene der Gerichtsmedizin zeigen, dass es weder Schläge (seitens der Polizei) noch einen Schädelbruch gegeben hat“, sagte er nach Angaben der Nachrichtenagentur Irna. Die vorliegenden Schlüsse in diesem Fall und die folgenden Proteste seien auf der Basis von falschen Interpretationen entstanden.

Aminis Vater kritisierte dagegen den Bericht der Gerichtsmedizin vehement. Seine Tochter habe keinerlei Herzprobleme gehabt und könne daher auch nicht, wie behauptet, an Herzversagen gestorben sein.

Zur Zahl der Todesopfer bei den Protesten wollen die Behörden bis auf Weiteres keine Angaben mehr machen. Der staatliche iranische Fernsehsender IRIB berichtete von 35 Toten, fügte jedoch hinzu, dass diese Zahl inoffiziell und noch nicht bestätigt sei. Der Menschenrechtsorganisation Iran Human Rights zufolge starben bereits mindestens 50 Menschen. Die Behörden hatten vor zwei Tagen von 17 bis 20 Toten gesprochen.

Salvini fordert von der Leyen zum Rücktritt auf

VON MANUEL SCHWARZ

Rom. Italien ist bereit für die Wahl eines neuen Parlaments. Bevor mehr als 51,5 Millionen Bürger an diesem Sonntag an die Urne treten, wurde am Sonnabend der Wahlkampf wie üblich ausgesetzt. Daran hielten sich aber nicht alle Parteien. Zudem sorgten die Aussagen von Ex-Regierungschef Silvio Berlusconi, dem eine Verharmlosung von Russlands Präsident Wladimir Putin vorgeworfen wird, und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen weiter für Aufsehen.

Die deutsche Politikerin war am Donnerstag von einer Studentin gefragt worden, ob sie Sorgen habe vor einem Wahlsieg der Rechten und ehemaligen Putin-Freunde in Italien. Sie antwortete, sollten EU-Richtlinien verletzt werden, habe Brüssel „Werkzeuge“. Das empörte die Politiker der Rechtsallianz, die beste Chancen auf die absolute Mehrheit der Parlamentssitze hat. Matteo Salvini, dessen Partei Lega ein kleiner Partner der Koalition ist, brachte einen Rücktritt von der Leyens ins Spiel. „War das Drohung, Erpressung, institutionelles Mobbing? Die Präsidentin muss sich entweder entschuldigen oder zurück-

treten“, sagte er der Zeitung „Corriere della Sera“ (Sonnabend). Der frühere Innenminister hatte am Freitagabend vor der Vertretung der EU-Kommission in Rom an einer Protestkundgebung teilgenommen. Dabei hielten Unterstützer Schilder mit Schriftzügen wie „Schande“ und „Ursula out“ in den Händen.

Giorgia Meloni, die als Parteichefin der rechtswidrigen Fratelli d'Italia die größte Einzelpartei des Rechtsblocks anführt und somit gute Chancen auf das Amt der Ministerpräsidentin hat, sagte in Richtung von der Leyen: „Ich rate zu Umsicht, wenn man an die Glaubwürdigkeit der Kommissare und der Kommission glaubt.“ Ein Kommissionssprecher hatte am Freitag gesagt, dass „absolut klar“ sei, dass von der Leyen nicht in Italiens Wahlkampf eingegriffen habe.

Am Sonnabend vor dem Urnengang sind Wahlkundgebungen und -äußerungen gesetzlich verboten. Allerdings bezieht sich das Gesetz von 1956 auf Radio-, Fernseh- oder Zeitungsanzeigen. Im Internet sind Beiträge also erlaubt. Viele Parteien verzichten dennoch darauf – anders als die Lega, die auch am Sonnabend mit ethischen Twitter-Einträgen noch mal harte Angriffe gegen ihre Gegner fuhr.



Matteo Salvini
FOTO: MONALDO/DPA